

BLICKPUNKT PLENUM

21. bis 23. Juni 2016

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Feuerwehren: Mehr Sicherheit am Arbeitsplatz!

Der SPD Gesetzentwurf zur Ergänzung des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG) hat das Ziel, Feuerwehrmännern und –frauen mehr Sicherheit am Arbeitsplatz zu geben. Sie setzen sich an 365 Tagen im Jahr, ob an Sonn- oder Feiertagen und das Tag und Nacht für die Sicherheit der Bevölkerung ein und riskieren dabei oft Leib und Leben. Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsarchitektur in Hessen und daher bedarf es aus Sicht der SPD Landtagsfraktion mehr Unterstützung.

Die SPD möchte es nicht nur bei Anerkennung und Würdigung belassen, sondern konkret und zielgerichtet die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die aktiven Männer und Frauen in den Einsatzabteilungen in ihrer arbeitsrechtlichen Stellung stärken.

Eine solche Schutzklausel gibt es auch für alle ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträger, vom Mitglied im Ortsbeirat bis zum Kreistagsabgeordneten. An dieser gesetzlichen Regelung, die im Paragraphen 35a der Hessischen Gemeindeordnung normiert ist, hat sich die von der SPD vorgeschlagene Änderung des HBKG orientiert. Diese umfasst, dass die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse nur noch aus wichtigem Grund gekündigt werden können, Versetzung auf einen anderen Posten nur noch in engen Grenzen möglich ist und es keine Herabstufung bei der Bezahlung geben darf.

Die gesetzlichen Änderungen hält die SPD-Fraktion als geeignet, einerseits einen Beitrag zur Stabilisierung der Personalstärken zu leisten und andererseits einen gewissen Anreiz zu bieten, sich bei den Freiwilligen Feuerwehren aktiv zu engagieren.

Verwundert zeigte sich die SPD-Landtagsfraktion an den Äußerungen der VhU, den hessischen Unternehmerverbänden. Hauptgeschäftsführer Volker Fasbender hatte Sonderkündigungsschutz und Versetzungsverbot als „vergiftetes Geschenk“ bezeichnet, mit dem das auf Vertrauen beruhende Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gestört würde. Die SPD ist jedoch der Auffassung, wer das System der Freiwilligen Feuerwehren und die Unterstützung der Aktiven ernst nimmt, müsste dieser Gesetzesänderung in jedem Fall zustimmen.

Pakt für den Nachmittag bleibt Mogelpackung

Als bescheiden hat die SPD-Landtagsfraktion den von Kultusminister Lorz vorgestellten weiteren Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen bezeichnet.

Von einem bedarfsdeckenden Angebot ist Hessen noch weit entfernt. Die auf Initiative der SPD zusätzlich in den Haushalt eingestellten Mittel für Ganztagschulen hellen die schlechte Bilanz des Landes endlich ein wenig auf. Das ist ein Anfang, aber noch kein Durchbruch. Bei drei echten neuen Ganztagschulen pro Jahr bräuchte Hessen rund 380 Jahre bis alle Grundschulen echte Ganztagschulen wären.

Beim derzeitigen Ausbautempo von zusätzlichen 45 Pakt-Schulen pro Schuljahr wären erst in rund 20 Jahren Betreuungsprobleme an Grundschulen beseitigt – aber immer noch keine echte Ganztagschule entstanden. Der Pakt für den Nachmittag bleibt eine Mogelpackung und bringt Chancengleichheit keinen Schritt voran, da hier die Betreuung im Vordergrund steht.

Die SPD fordert mehr Anstrengungen bei Ganztagsgrundschulen und mehr weiterführende Schulen im Ganztagsschulprogramm aufzunehmen, damit eine deutliche Veränderung eintritt.

Es fehlt bis heute das klare Bekenntnis der Landesregierung zu echten Ganztagschulen und ebenso ein Ausbauplan mit Zielmarken. Die Schulen brauchen mehr Anreize und vor allem eine angemessene personelle Ausstattung, dies umzusetzen.

Der Pakt für den Nachmittag sieht vor, dass die Kommunen die Betreuung ab 14.30 Uhr übernehmen, das kritisiert die SPD nach wie vor.

Bibilis: Haarsträubende Fehler wurden gemacht

Die SPD-Landtagsfraktion hat Ministerpräsident Bouffier vorgeworfen, mit der ehemaligen Umweltministerin Puttrich dilettantische Fehler bei der vorläufigen Stilllegung der Atomkraftwerke in Biblis gemacht zu haben. Beide tragen die Verantwortung für die rechtswidrige Abschaltung der Atomkraftwerke in Biblis.

Die Landesregierung muss für den jetzt schon entstandenen Schaden in Höhe von drei Millionen Euro Ministerin Puttrich haftbar machen. Sie hat grob fahrlässig entschieden auf eine Anhörung von RWE zu verzichten, damit rechtswidrig gehandelt und so dem Betreiber der Atomkraftwerke eine Steilvorlage für einen Schadensersatzprozess geliefert.

Politisch ist Ministerpräsident Bouffier verantwortlich. Er hat aus parteipolitischen Gründen alle rechtsstaatlichen Grundsätze beiseite geräumt und zusammen mit anderen CDU-Ministerpräsidenten und der Kanzlerin das Moratorium vereinbart. Nirgendwo hat Bouffier Widerspruch geäußert, sondern hat das Moratorium zusammen mit der Kanzlerin vor der Bundespressekonferenz erläutert. Er hat es bewusst unterlassen, das Haftungsrisiko mit dem Bund vor Erlass des Moratoriums zu klären. Dieser grobe Fehler führt nun dazu, dass Bund und Land sich vor dem Landgericht Essen beim Schadensersatzprozess von RWE in Höhe von 235 Mio. Euro den Schwarzen Peter hin und her schieben.

Bouffier hat im rechtswidrigen Bescheid Formulierungen geändert und mit einem Brief an den damaligen RWE-Chef Großmann dem Atomkonzern maßgeschneidert die Vorlage geliefert, den Schadensersatzanspruch zu erhöhen. Äußerst peinlich ist es auch, wie Bündnis 90 / Die Grünen die juristischen Fehlentscheidungen und die politische Leichtfertigkeit des Ministerpräsidenten und der Ex-Umweltministerin verniedlichen. Das hörte sich vor deren Regierungsbeteiligung alles noch ganz anders an!

Stellenabbau der CDU-Minister rächt sich

Die Personalsituation bei der hessischen Polizei ist schlecht. Mehr als 3 Millionen Überstunden haben sich angehäuft. Die Fehlzeiten durch Krankheit mit teilweise bis zu 33 Tagen pro Beamteten sind enorm. Dies ist auch eine Folge des deutlichen Stellenabbaus bei der Vollzugspolizei und den Tarifbeschäftigten in Hessen von über 1.000 Stellen.

Die falsche Antwort des Innenministers heißt mehr Wachpolizei. Wachpolizisten, in einem 18-wöchigen Lehrgang geschult, sind eben keine Alternative zur gut ausgebildeten Polizei. Die Ausbildung eines Beamten im gehobenen Dienst dauert in Hessen drei Jahre. In dieser Zeit lernt er nicht nur die Taktik, Polizeirecht oder Waffenrecht, sondern auch Situationen einzuschätzen. All dies kann man eben in ein paar Wochen nicht erlernen.

Wachpolizei für eng umgrenzte Aufgaben, zusätzlich zu ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten ja, aber nicht statt diesen. Jetzt rächt sich der jahrelange Stellenabbau bei der hessischen Polizei. Das wahre Problem heißt Personalnot. Deswegen muss die Polizei entlastet und Tarifbeschäftigte wieder eingestellt werden.

Polizeibeamte müssen angemessen und ihrer Arbeit entsprechend ordentlich zu bezahlen. Das Besoldungsdiktat von Schwarz-Grün in Hessen ist der völlig falsche Weg.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde